



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben,
Schwule und Transgender**

Frau Bonnemann

Telefon: (0221) 221 29661

Fax: (0221) 221 29166

E-Mail: Susanne.Bonnemann@Stadt-Koeln.de

Datum: 16.01.2017

Niederschrift

über die **10. Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 15.12.2016, 17:00 Uhr bis 18:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

Beigeordneter für Soziales, Integration und Umwelt

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Joerg Altenrath

KLuST e.V.

Kathrin Balke

Jugendzentrum anyway

Herr Björn Blank

SC Janus e.V.

Frau Dr. Beate Blatz

Rubicon e.V.

Herr Jochen Saurenbach

Rheinfetisch e.V.

Herr Michael Schuhmacher

Aidshilfe Köln e.V.

Herr Alf Bernd Spröde

Völklinger Krei e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Carolina Brauckmann

Rubicon e.V.

Herr Stephan Classen

HomoKlüngel e.V.

Herr Thilo Fußén

Aidshilfe Köln e.V.

Frau Pia Gleditzsch

TX Köln

Frau Nicole Sperrmann

Jugendzentrum anyway

Beratende Mitglieder

Frau Erika Oedingen

SPD

Herr Christoph Klausling

CDU

Frau Svenja Rabenstein

GRÜNE

Frau Gesine Ahlzweig

auf Vorschlag von DIE LINKE

Schritfführerin

Frau Susanne Bonnemann Diversity - Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender (5001/3)

Verwaltung

Frau Nina Rehberg Dienststelle Diversity
Herr Christian Rahmfeld Diversity - Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender (5001/3)
Frau Doris Dieckmann Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt
Herr Frieder Wolf Amt des Oberbürgermeisters (01-4)
Herr Franco Prandi Amt für Personal, Organisation und Innovation (111-2)

Herr Josef Ludwig Amt für Wohnungswesen
Frau Petra Rinnenburger Amt für Gebäudewirtschaft

Gäste

Frau Ina Wolf RainbowRefugeesCologne

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Borth KLuST e.V.
Herr Marco Malavasi LSVD Ortsverband Köln e.V
Frau Sophie Sängler TX Köln

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dirk Bachhausen Schützenbruderschaft St. Sebastianus & Afra Köln 2012 e.V. Vertreter des LSVD
Herr James Barthel KLuST e.V.
Herr Harald Hennicken Rheinfetisch e.V.
Herr Armin Lohrmann SC Janus e.V.

Beratende Mitglieder

Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes SPD
Herr Niklas Kienitz CDU
Herr Bürgermeister Andreas Wolter GRÜNE
Herr Ulrich Breite FDP
Frau Güldane Tokyürek auf Vorschlag von DIE LINKE

Verwaltung

Herr Stephan Jacobs E-Government und Online-Dienste (1300-2)

Herr Bernd Götting	Amt für öffentliche Ordnung (321)
Frau Barbara Steinraths	Amt für Soziales und Senioren (501)
Frau Inge Steinbach	Amt für Kinder, Jugend und Familie (512-5-1)
Herr Klaus-Peter Völlmecke	Amt für Kinder, Jugend und Familie (511)
Dr. Anne Bunte	Gesundheitsamt (53)
Herr Jürgen Kube	Amt für Wohnungswesen (56)
Frau Stephanie Kaspers	Dezernat III

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender**
- 1.1 Verpflichtung neuer Mitglieder
- 2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung und der Tagesordnung**
- 3 Flüchtlinge und LSBTI**
- 3.1 Wohneinheiten für LSBTI-Flüchtlinge
3337/2016
- 3.2 Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten
0745/2016/1
- 3.2.1 Änderungsantrag Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten
AN/2036/2016

4 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

- 4.1 Archivgut des Centrums für Schwule Geschichte (CSG) in den Räumlichkeiten „In den Reihen 16“ (Sitzung v. 04.10.2016, TOP 5.3)
- 4.2 Sachstand zur Umsiedelung der Fachstelle LST ins Büro der Oberbürgermeisterin (Sitzung v. 31.05.2016, TOP 4.1)
- 4.3 Rechte von Mitgliedern mit beratender Stimme (Sitzung v. 04.10.2016, TOP 12)

5 Diversity

- 5.1 2020: Köln I(i)ebt Vielfalt - Diversity Konzept
3068/2016

6 Sachstandsberichte und Mitteilungen

- 6.1 Aktionsplan LSBTI
3350/2016
- 6.2 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" - Vorlage 0990/2016
hier: Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln
2763/2016
- 6.3 Durchführung einer Studie "LSBTI als wirtschaftlicher Standortfaktor"
- 6.3.1 Anfrage von RM Frank zur Studie "LSBTI als wirtschaftlicher Standortfaktor" - Mittelfreigabe durch den Fach- und Finanzausschuss (3336/2016)
3823/2016
- 6.4 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln"
Mitteilung an die Stadtarbeitsgemeinschaften
3066/2015

- 7 Sichtbarkeit von Lesben in Köln**
- 8 Einladung von Partnerstädten zum CSD**
 - 8.1 Empfehlung des Arbeitskreises Sichtbarkeit von Lesben in Köln zur Ausgestaltung des städtepartnerschaftlichen Austausches anlässlich des CSD 2017
- 9 Trans***
- 10 Berichte aus Ausschüssen**
- 11 Beschlüsse/Beschlussempfehlungen**
- 12 Anfragen/Anträge**
- 13 Öffentlichkeitsarbeit**
- 14 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender**
 - 14.1 Sitzungstermine StadtAG LST 2017
- 15 Verschiedenes**

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Herr Dr. Rau begrüßt die Anwesenden. Er erläutert, warum er seinen Urlaub für die Leitung dieser Sitzung der StadtAG LST unterbrochen hat.

Herr Dr. Rau weist darauf hin, dass die heutige Sitzung wegen des Empfangs für das bundesweite Diversity-Netzwerk-Treffen – auf Bitte von Frau Rehberg hin – bereits um 18.30h beendet sein sollte. Die Mitglieder der StadtAG LST seien recht herzlich eingeladen an dem Empfang im Lichthof teilzunehmen.

Frau Dr. Blatz bittet darum, aus Zeitgründen die Tagesordnung umzustellen. Sie schlägt vor, nur die Punkte, die eine Entscheidung erfordern zu behandeln, und alle Punkte, die heute nicht zur Entscheidung kommen müssen, zu verschieben. Somit seien dann nur TOP 1, TOP 2, TOP 3, TOP 5, TOP 8 zu beraten.

Herr Dr. Rau bedankt sich für den Vorschlag und erweitert ihn. Die genannten TOPs seien in der Reihenfolge zuerst zu behandeln. Wenn dann noch Zeit sei, sollen die übrigen TOPs anschließend in ihrer Reihenfolge beraten werden.

Über diesen Vorschlag besteht Einvernehmen.

Damit wird die Reihenfolge der Tagesordnung für die Sitzung wie folgt geändert:

1 Begrüßung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

1.1 Verpflichtung neuer Mitglieder

2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung und der Tagesordnung

3 Flüchtlinge und LSBTI

3.1 Wohneinheiten für LSBTI-Flüchtlinge

3.2 Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten

3.2.1 Änderungsantrag Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten AN/2036/2016

5 Diversity

5.1 2020: Köln I(i)ebt Vielfalt - Diversity Konzept

8 Einladung von Partnerstädten zum CSD

8.1 Empfehlung des Arbeitskreises Sichtbarkeit von Lesben in Köln zur Ausgestaltung des städtepartnerschaftlichen Austausches anlässlich des CSD 2017

4 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

4.1 Archivgut des Centrums für Schwule Geschichte (CSG) in den Räumlichkeiten „In den

4.2 Sachstand zur Umsiedelung der Fachstelle LST ins Büro der Oberbürgermeisterin

4.3 Rechte von Mitgliedern mit beratender Stimme

6 Sachstandsberichte und Mitteilungen

6.1 Aktionsplan LSBTI

6.2 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" - Vorlage 0990/2016 hier: Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln

6.3 Durchführung einer Studie "LSBTI als wirtschaftlicher Standortfaktor"

6.3.1 Anfrage von RM Frank zur Studie "LSBTI als wirtschaftlicher Standortfaktor" - Mittelfreigabe durch den Fach- und Finanzausschuss

6.4 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln" Mitteilung an die Stadtarbeitsgemeinschaften

7 Sichtbarkeit von Lesben in Köln

9 Trans*

10 Berichte aus Ausschüssen

11 Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

12 Anfragen/Anträge

13 Öffentlichkeitsarbeit

14 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

14.1 Sitzungstermine StadtAG LST 2017

15 Verschiedenes

Hinweis: Aus technischen Gründen ist es nicht möglich, in der Niederschrift die oben beschlossene geänderte Reihenfolge der Tagesordnung – wie sie tatsächlich stattgefunden hat – widerzuspiegeln.

Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung erfolgt noch ein Hinweis:

Herr Dr. Rau begrüßt Frau Susanne Bonnemann als neue Mitarbeiterin in der Fachstelle Lesben, Schwule, Transgender. Sie hat im Oktober ihren Dienst angetreten und ist für die Geschäftsführung der StadtAG LST zuständig.

Frau Bonnemann stellt sich kurz vor.

1.1 Verpflichtung neuer Mitglieder

Herr Dr. Rau erklärt, dass für die heutige Sitzung Herr Joerg Altenrath für den KLuST e.V. (Kölner Lesben- und Schwulentag) an der Sitzung teilnimmt.

Die geplante Verpflichtung zur Verschwiegenheit von Herrn Dirk Bachhausen für den Schützenverein St. Sebastianus und Afra (als Nachfolger von Dirk Lankow) muss auf die nächste Sitzung verschoben werden, da Herr Bachhausen nicht anwesend ist.

2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung und der Tagesordnung

Die Niederschrift der Sitzung am 06.06.2016 wird ohne Änderungen genehmigt.

3 Flüchtlinge und LSBTI

3.1 Wohneinheiten für LSBTI-Flüchtlinge

3337/2016

Herr Ludwig berichtet, dass es mittlerweile regelmäßige Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern von Rubicon e.V., der Aidshilfe Köln e.V. und von der Gruppe Rainbow Refugees und der Fachstelle LST gebe, bei denen über neue Wohneinheiten für LSBTI-Flüchtlinge gesprochen werde. Aktuell gebe es in einem Projekt des SKM bereits 5 Plätze in Wohngemeinschaften für homosexuelle Männer. Beim letzten Treffen am 28.11. seien weitere Wohneinheiten von Seiten der Verwaltung angekündigt worden: Ab Februar 2017 werden in Vogelsang 14 Wohneinheiten ausschließlich für den Personenkreis zur Verfügung gestellt. Die Belegung dieser 14 Wohneinheiten müsse im Einvernehmen abgestimmt werden. Darüber hinaus gebe es zwei Einrichtungen, in denen Familien untergebracht werden, Wohngemeinschaften für homosexuelle Männer seien hier denkbar und müssen ausprobiert werden. Diese stehen jetzt kurzfristig zur Verfügung. Das Wohnungsamt werde sehr genau beobachten, ob der Personenkreis der Familien mit den zu implementierenden Wohngemeinschaften zusammen passt. Der Austausch mit Rubicon e.V., der Aidshilfe Köln e.V. und Rainbow Refugees sei rege und vertrauensvoll. Es gebe Anfang des nächsten Jahres ein weiteres Treffen. Weitere gerade kleinere Einheiten, Einzelwohnungen, Einzelhäuser seien zu suchen. Nach seiner Einschätzung werden bald weitere Einheiten an den Start gehen können. Über den Betreuungsschlüssel muss sich weiter unterhalten werden. Alleine die sexuelle Orientierung rechtfertige nicht einen besonderen Betreuungsschlüssel. Beim Projekt des SKM gebe es derzeit einen Betreuungsschlüssel von 1:20, abweichend von 1:80, weil dieser Personenkreis über seine sexuelle Ausrichtung hinaus andere Beratungsbedarfe mit sich bringe. Wenn dies an anderer Stelle auch so sei, könne auch in anderen Fällen im Einvernehmen ein Betreuungsschlüssel für kleinere Einheiten gemeinsam vereinbart werden.

Herr Spröde weist darauf hin, dass es sich bei dem betroffenen Personenkreis von LSBTI-Flüchtlingen nicht ausschließlich um homosexuelle Männer handele.

Herr Ludwig bedankt sich für den Hinweis und betont, dass bei den 14 Wohneinheiten in Vogelsang nicht ausschließlich homosexuelle Männer Berücksichtigung finden. Bei den geplanten Wohngemeinschaften in den Familienunterkünften werde mit homosexuellen Männern angefangen und die wechselseitige Akzeptanz beobachtet. Dann werde entschieden, ob dieses Modell auch für den Personenkreis erweitert werden könne. Bei der Akquise weiterer Einrichtungen werde es ebenfalls über den Personenkreis von homosexuellen Männern hinausgehen.

Herr Schuhmacher ergänzt, dass die Aidshilfe in einem bestehenden Wohnprojekt noch zwei Plätze anbieten will. Dies solle Ende dieses oder zu Anfang des nächsten Jahres mit dem Wohnungsamt geklärt werden. Was die Betreuung angeht, sei es erstmal richtig nach dem tatsächlichen Bedarf zu gehen. Im gemeinsamen Gespräch sollte geklärt werden, welches handhabbare Verfahren angewendet werden kann, um den Bedarf zu ermitteln. Das sei auch der Weg, wie im Sozialrecht agiert werde: Die Betreuung solle so viel sein, wie sie nötig ist. Dass sie auch irgendwo eine Grenze finde, sei dann auch klar.

Frau Dr. Blatz betont, dass auf die Geeignetheit des Personals, das die Betreuung durchführe, stark geachtet werden müsse – gerade in Bezug auf die Vorfälle, die stattgefunden haben. Es werden Schulungen benötigt für die Menschen, die betreuen. Rubicon e.V. führe selber Schulungen durch. Dabei falle auf, dass es einen riesigen Bedarf gebe und dass nicht davon

ausgegangen werden könne, dass überhaupt erkannt wird, dass es ein Problem in dem Bereich gebe.

Herr Ludwig stimmt der Aussage von Frau Dr. Blatz zu und teilt mit, dass er seine Betreuungspersonen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, an diesen Schulungen teilhaben lassen.

Herr Klausung fragt, inwieweit dabei auch das Ehrenamt strukturell unterstützt werde.

Frau Dr. Blatz erläutert, dass es auf kommunaler Ebene eine Reihe von Akteurinnen und Akteuren gebe, von denen einige, Rubicon e.V., Aidshilfe, Rainbow Refugees sowie der SKM schon sehr eng zusammenarbeiten. Es gebe die Idee, im nächsten Jahr – auch in Zusammenarbeit mit dem Anyway e.V. - ein Netzwerk aufzubauen. Dabei sei darauf zu achten, dass Ehrenamtliche nicht überfordert sind. So sei vom Rubicon e.V. im nächsten Jahr ein Workshop geplant zum Thema Resilienz von Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern. Zudem sei das Rubicon e.V. in der kommoden Situation, dass das Land im Rahmen des 15-Punkte-Programms Stellen, wie z.B. die für Schulungen, zur Verfügung gestellt habe. Damit sei die Stadt Köln aus der Verantwortung nicht raus; aber es werde versucht, die vorhandenen Kräfte zu bündeln.

Frau Rehberg merkt an, dass auch bei den Ergebnissen der Tagung vom 16.09. bei allen Workshops deutlich wurde, wie wichtig Schulungen sowohl für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern als auch für das Ehrenamt seien. Nächste Woche treffe sich die stadtinterne Vorbereitungsgruppe der im September stattgefundenen Tagung wieder, um die Ergebnisse zu konkretisieren, auch was Schulungen angehe – und zwar nicht nur für Mitarbeitende des Wohnungsamtes, sondern auch für andere betroffene Ämter, wie zum Beispiel das Gesundheitsamt.

Herr Saurenbach schlägt vor, Frau Ina Wolf von der Gruppe Rainbow Refugees, die als Gast anwesend ist, das Wort zu erteilen, um etwas über die Bedürfnisse zu erfahren.

Frau Wolf berichtet, dass sie sowohl für das Anyway e.V. als auch für „gerne anders NRW“ tätig sei, aber auch für die Rainbow Refugees. Die Verhandlungen mit der Stadt seien sehr gut verlaufen. Die Bedürfnisse würden aber nicht enden, da Köln ein Magnet für viele Leute sei und die Anzahl der Geflüchteten aus der Türkei gerade wieder steige. Sie sei zuversichtlich, was weitere Gespräche über Wohneinheiten, Betreuung und Schulungen angehe.

Herr Dr. Rau fasst zusammen, dass erkannt wird, dass der Auftrag aus dem Sozialausschuss, Frau Dr. Blatz und Herr Schuhmacher mögen eng mit dem Amt für Wohnungswesen zusammenarbeiten, auch so schon Früchte trage und weitere Früchte tragen werde. Außerdem werde weiterer Bedarf erkannt, insbesondere bezüglich Schulungen und der besonderen Unterbringungssituation. Man sei auf einem guten Weg und werde weiter auf dem Laufenden bleiben.

3.2 Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten

0745/2016/1

Herr Dr. Rau merkt an, dass zu diesem TOP diverse Vorlagen inklusive einem Änderungsantrag vorliegen und der Rat sich in der kommenden Sitzung ausführlich mit dem Thema beschäftigen werde.

Herr Dr. Rau stellt fest, dass es zu diesem TOP keine Wortmeldungen gibt.

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum an die nachfolgenden Gremien weiter gegeben.

Herr Blank bittet zu TOP 3 noch eine Nachfrage stellen zu dürfen. Er würde gerne wissen, ob es von Seiten der Verwaltung eine Prognose über die zu erwartende Anzahl von LGBT-

Flüchtlingen für die nächsten Monate gebe oder ob generell von 10 Prozent ausgegangen werde.

Herr Ludwig stellt fest, dass es keine gesicherten Erkenntnisse über diesen Personenkreis gebe. Man wisse, dass die Flüchtlingszahlen im Land NRW, bis auf einen Ausreißer in der 46. KW, relativ konstant seien. In NRW stünden pro Woche zwischen 1000 und 1600 Geflüchtete zur Verteilung an. So seien auch die Zuweisungszahlen der Bezirksregierung Arnsberg relativ konstant und lägen für Köln bei ungefähr 75 jede Woche. Ob der Zuzug des von der StadtAG vertretenden Personenkreises aber sprunghaft ansteige oder weniger werde, sei ihm nicht bekannt. Er rechne vorsichtig mit den sicher nicht validen 10 Prozent.

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum an die nachfolgenden Gremien weitergegeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.2.1 Änderungsantrag Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten

AN/2036/2016

Der Änderungsantrag wird zur Kenntnis genommen.

4 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Herr Dr. Rau bittet darum die Reihenfolge der noch einmal zu ändern und TOP 4.1 direkt nach TOP 3 zu behandeln, da Frau Rinnenburger extra wegen dieses Punktes eingeladen wurde.

Über diesen Vorschlag besteht Einvernehmen.

4.1 Archivgut des Centrums für Schwule Geschichte (CSG) in den Räumlichkeiten „In den Reihen 16“ (Sitzung v. 04.10.2016, TOP 5.3)

Frau Rinnenburger bedankt sich für die Einladung, gleichwohl sie überrascht gewesen sei, dass in der Einladung zu lesen war, dass seit ihrem letzten Besuch in der StadtAG am 31.05.2016 keine Rückmeldung vorgelegen hätte. Dies sei nicht richtig. Das Amt für Gebäudewirtschaft habe einmal schriftlich in einer Mitteilung an die StadtAG LST berichtet. Es habe außerdem drei Ortstermine beim CSG gegeben. Es sei, wie zugesichert, eine Kostensicherung gemacht worden. Wenn nur die Heizung saniert und die Fenster erneuert werden würden, wären 45.000 Euro fällig. Wenn das ganze Haus so hergerichtet werden würde, dass es einer für Archive handelsüblichen Nutzung unterliege, würde der Sanierungsbetrag bei über 4 Millionen Euro liegen. Sie glaube, dass diese Sanierung eine Größenordnung sei, die nicht vom CSG zu bewältigen sei. Es seien zwei alternative Objekte angeboten worden, in unmittelbarer Nähe. Einmal eine leider ähnlich qualitative Lagerfläche an der Gottfried-Hagen-Straße. Außerdem sei ein Kontakt zu der Immobilienfirma Osmab hergestellt worden. Positives sei nicht zu berichten. Wobei es aktuell eine für das CSG von der Lage her gut passende Leermietung gebe, deren Adresse aber noch nicht genannt werden könne, da zuerst abgewartet werden müsse, ob die Kollegen vom Amt für Schulentwicklung diese Räume für die Flüchtlingsbetreuung bräuchten. Vor Weihnachten ende die Rückmeldefrist. Sollten diese Räumlichkeiten, die in der Nähe einer Grundschule liegen, nicht für Seiteneinsteigerklassen gebraucht werden, könne das Gebäude für den CSG angemietet werden. Dabei handele es

sich aber um ein Bürogebäude und kein echtes Archiv, das aber in einem deutlich besseren baulichen Zustand sei als die aktuellen Räumlichkeiten des CSG.

Herr Saurenbach fragt nach, ob denn gewährleistet sei, dass im eventuell nassen kalten Winter nicht alles vergammelt.

Frau Rinnenburger erläutert, dass dazu die Heizung und die Fenster zu erneuern seien und dass alleine diese Sanierungsmaßnahmen über 44.000 Euro kosten würden. Dabei wären alle Ingenieurhonorare von Seiten der Stadtverwaltung schon geschenkt. Das CSG habe bestätigt, dies nicht finanzieren zu können. Für den Winter sei jetzt keine Maßnahme angedacht, da kein Geld dafür vorhanden sei.

Frau Dr. Blatz fragt, ob es denn die Möglichkeit gebe, die Dinge woanders lagern zu können.

Frau Rinnenburger erklärt, dass Frau Dr. Schmidt-Czaia im Gespräch mit dem CSG stehe und dass gesichtet werde, was für das Historische Archiv von Interesse sei. Darüber hinaus gebe es aber beim CSG weitaus mehr Material, als das, was vom Historischen Archiv tatsächlich übernommen werden könne.

Herr Saurenbach stellt fest, dass Frau Dr. Schmidt-Czaia im Kulturausschuss dazu nichts gesagt habe.

Frau Rinnenburger schlägt vor, dass sie Frau Dr. Schmidt-Czaia gerne nochmal gezielt zu diesem Thema ansprechen könne.

Frau Oedingen erinnert daran, dass sie bereits vor Monaten in einer Sitzung der StadtAG LST auf ein städtisches Gebäude in Weidenpesch, in der Palmbergstraße 24 in 50737 Köln, hingewiesen habe, wo aktuell auch ein Galerist Dinge lagere. Die Bezirksvertretung Nippes habe jetzt allerdings beschlossen, dass dieses Gebäude einem anderen Verwendungszweck zugeführt werden solle. Da die Suche nach einem Investor aber Ihre Zeit brauchen werde, ergebe sich dadurch jetzt die Möglichkeit zu prüfen, ob die Materialien des CSG, die kaputt gehen könnten, dort zeitweilig archiviert werden könnten. Das Gebäude sei trocken und daher vielleicht als Rettungsmöglichkeit geeignet.

Frau Rinnenburger sagt zu, mit den Kollegen vom Liegenschaftsamt Kontakt aufzunehmen. Denn wenn es sich bei dem Objekt um das ehemalige Kinderkrankenhaus handele, werde es dort geführt. Im besten Fall könnten so dem CSG bereits zwischen den Jahren zwei Alternativen angeboten werden: Dieses Objekt, was eine schnelle Lösung wäre, oder die ebenfalls trockene Leermietung, falls diese nicht anderweitig gebraucht werde.

4.2 Sachstand zur Umsiedelung der Fachstelle LST ins Büro der Oberbürgermeisterin (Sitzung v. 31.05.2016, TOP 4.1)

Herr Dr. Rau erläutert, dass zu dem Thema als Tischvorlage ein heute verfasstes Schreiben der Oberbürgermeisterin vorliege. In dem Schreiben sage die Oberbürgermeisterin sinngemäß, dass es ihr weiterhin ein Anliegen sei, diese Ansiedelung zu sich vorzunehmen und damit auch die Wichtigkeit des Themas zu unterstreichen. Des Weiteren werde sie unmittelbar mit Frau Rehberg in Planungsgespräche eintreten, wobei der ganze Prozess aber mit einem Konzept einhergehen solle.

Frau Dr. Blatz fragt, ob es für diese Umsiedlung einen Zeitplan gebe.

Herr Dr. Rau antwortet, dass er persönlich von keinem Zeitplan wisse, was aber nicht zwangsläufig bedeute, dass es keine gebe. Dem Schreiben entnehme er, dass die Oberbürgermeisterin plane 2017 entschieden zu sein.

4.3 Rechte von Mitgliedern mit beratender Stimme (Sitzung v. 04.10.2016, TOP 12)

Herr Dr. Rau teilt mit dass es zu dem Thema eine Tischvorlage gebe, die in ihrer Aussage eindeutig sei. Er stellt fest, dass es keine Rückfragen gibt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5 Diversity

5.1 2020: Köln I(i)ebt Vielfalt - Diversity Konzept

3068/2016

Herr Spröde erklärt, dass die Mitglieder der StadtAG LST das Diversity Konzept unterstützen. Als Ergänzung sollen aber folgende Anregungen an nachfolgende Gremien weitergegeben werden:

- Die Festschreibung der Stadtarbeitsgemeinschaften, wie im AVR thematisiert, d.h. die konkrete Benennung der StadtAGs und ihrer Aufgabenbereiche im Diversity-Konzept.
- Es ist zu gewährleisten, dass Fragen und Empfehlungen, die sich im Laufe des Prozesses ergeben, Berücksichtigung finden und in den Prozess einfließen können.
- Der Dienststelle Diversity sollen für die Dauer des Prozesses Weisungsrechte eingeräumt werden.

Frau Rehberg ergänzt, dass es selbstverständlich ist, dass die Expertise der einzelnen Stadtarbeitsgemeinschaften und des Integrationsrates bei der Weiterschreibung des Diversity Konzeptes partnerschaftlich einbezogen werden. Aufbauend auf das erste gemeinsame Treffen aller Diversity Gremien in 2016, ist bereits für 2017 anlässlich der 10 jährigen Unterzeichnung der Charta der Vielfalt ein aufbauendes Treffen aller Diversity Gremien geplant. Inhalte hieraus werden sicherlich Eckpfeiler für die Weiterentwicklung des Diversity Konzeptes – die Stadt als Partner- sein.

Frau Dr. Blatz weist darauf hin, dass gleichzeitig die Entwicklung des Aktionsplans gegen Homophobie anläuft und dass diese Prozesse miteinander verschränkt werden sollen.

Herr Klausung regt an, dass die Anmerkungen nicht als formale Beschlussvorlage an die nachfolgenden Gremien weitergeleitet werden, sondern nur als Anregung weitergegeben werden.

Über diesen Vorschlag besteht Einvernehmen unter den Mitgliedern.

Herr Dr. Rau bittet um Abstimmung.

Es wird einstimmig beschlossen, dass das Diversity Konzept zu unterstützen ist und die Anregungen im weiteren Verlauf zu berücksichtigen sind.

Beschluss

Der Rat der Stadt Köln nimmt das Diversity Konzept „2020: Köln I(i)ebt Vielfalt“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung:

1. das vorliegende Diversity Konzept inklusive der beschriebenen Maßnahmen umzusetzen, den damit verbundenen Implementierungsprozess fortzuschreiben und somit die Strategie des Diversity Managements als Querschnittsaufgabe in und auf allen Ebenen der Stadtverwaltung zu etablieren und den Umsetzungsprozess zu begleiten,

2. insbesondere

- eine Ist-Analyse für die Stadtverwaltung zu erstellen, sowie ein daraus zu entwickelndes Controlling mit entsprechenden Indikatoren einzuführen.
 - die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema über die Stadtgrenzen hinaus fortzuschreiben.
 - die Vernetzung der betroffenen Akteure intern wie extern und über die Stadtgrenze hinaus fortzuführen.
3. die Weiterentwicklung und Umsetzung des vorliegenden Konzeptes durch ein Maßnahmenprogramm dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Sachstandsberichte und Mitteilungen

6.1 Aktionsplan LSBTI

3350/2016

Herr Rahmfeld berichtet, dass der Angebotsprozess noch laufe und die Fachstelle LST noch in Abstimmung mit dem Vergabeamt und dem Rechnungsprüfungsamt sei. Deshalb sei es zurzeit nicht möglich, mehr zu dem Prozess oder den Angeboten zu sagen. Es sei aber weiterhin geplant, eine große Auftaktveranstaltung unter breiter Beteiligung der Community durchzuführen, so wie es in der letzten Sitzung beschlossen wurde. Dazu werde eine externe Moderation beauftragt, die dann im weiteren Verlauf den Aktionsplan mitgestalte, auch in Zusammenarbeit mit den einzelnen Arbeitsgruppen, die sich dann zu den Themen bilden werden.

Herr Dr. Rau stellt in Aussicht, dass in der nächsten Sitzung im Januar mehr berichtet werden könne.

Frau Dr. Blatz fragt, ob es schon einen Termin gebe, an dem die Auftaktveranstaltung stattfinden solle.

Herr Rahmfeld antwortet, er hoffe, dass es im Februar oder ansonsten im März klappen werde. Wobei die Veranstaltung ja auch so vorbereitet sein müsse, dass mindestens einen Monat vorher Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingeladen werden können. Zuallererst müsse aber Klarheit bestehen, welches Angebot angenommen werden könne und wie dann weiter fortfahren sei.

Frau Rabenstein erkundigt sich nach den zur Verfügung stehenden Mitteln. Für dieses Jahr seien ja 5000 Euro und für nächstes Jahr 20.000 Euro eingeplant. Sie fragt, ob es möglich sei, die für 2016 eingestellten 5000 Euro zu übertragen.

Frau Rehberg berichtet, dass davon ausgegangen werde, dass die Mittel übertragen werden können, da die Ausschreibung bereits in diesem Jahr begonnen habe. Die Übertragung werde entsprechend so beantragt. Das Gleiche gelte auch für die Wirtschaftsstudie mit einem Betrag von 60.000 Euro nur für dieses Jahr.

Herr Spröde beantragt ein Votum von Seiten der Stadtarbeitsgemeinschaft einzuholen, dass sowohl bei dem Aktionsplan als auch bei der Wirtschaftlichkeitsstudie eine Mittelübertragung gewährleistet werde.

Herr Dr. Rau lässt darüber abstimmen, ob die StadtAG ein Votum zur Mittelübertragung für beide Projekte abstimmen abgeben möchte.

Über diesen Vorschlag besteht Einvernehmen.

Beschluss

Die stimmberechtigten Mitglieder der StadtAG LST beschließen, dass die Stadtverwaltung eindringlich gebeten wird, die Mittelübertragung für den Aktionsplan in das Haushaltsjahr 2017 zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.2 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" - Vorlage 0990/2016 hier: Ergänzende Forderungen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln

2763/2016

Herr Dr. Rau stellt fest, dass es keine Rückfragen zu dem TOP gibt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6.3 Durchführung einer Studie "LSBTI als wirtschaftlicher Standortfaktor"

Herr Rahmfeld berichtet, dass im Vergleich zum Aktionsplan, das Verfahren für die Wirtschaftsstudie etwas anders verlaufe. So mussten die Mittel für die Wirtschaftsstudie erst durch den zuständigen Fachausschuss, den Sozialausschuss, und dann durch den Finanzausschuss freigegeben werden. Zusätzlich habe es im Finanzausschuss von Herrn Frank noch eine schriftliche Anfrage zum genauen Auftragsprofil gegeben, die allen unter 6.3.1 vorliege. Für die Ausschreibung gebe es aber auch noch kein Ergebnis, auch wenn sie ein paar Wochen früher begonnen wurde. Da aber sowohl das Rechnungsprüfungsamt als auch das Vergabeamt für die Bearbeitung der Angebote ihre Zeit bräuchten, gehe der davon aus, dass der Auftrag dieses Jahr nicht mehr erteilt werden könne. Deswegen sei mit dem Verfahren zur Beantragung der Mittelübertragung, genau wie beim Aktionsplan, parallel bereits begonnen worden.

Frau Rabenstein merkt bezugnehmend auf die Anfrage von Herrn Frank an, dass sie es nach wie vor schwierig finde, dass Merkmale wie Einkommen, Eigentum und Erwerbstätigkeit abgefragt werden sollen. Erstens sei unklar, wer sich an solch einer Befragung beteilige und welche Aussagekraft die Ergebnisse dieser Abfrage dann hätten. Des Weiteren dürfe eine Reduzierung einer bestimmten Gruppe auf diese Merkmale beziehungsweise darauf, wie viele Steuern sie zahle oder wieviel Geld sie der Stadt bringe - wie zum Beispiel die Gruppe der gut verdienenden schwulen Männer - nie verknüpft werden mit der Frage, wie viele Mittel zur Verfügung gestellt werden. Deshalb habe sie die dringende Bitte an die Arbeitsgruppe, noch einmal zu diskutieren, welche Fragen wirklich gestellt werden sollen.

Herr Rahmfeld erläutert, dass in der Arbeitsgruppe Einvernehmen darüber bestanden habe, diese Punkte mit aufzunehmen. Da es sich um eine Studie über einen wirtschaftlichen Standortfaktor handele, gehöre es dazu, auch wirtschaftliche Themen wie beispielsweise Einnahmen durch Tourismus oder die Anzahl von Gewerbebetrieben abzufragen. Bezüglich der abzufragenden Punkte könne aber in Abstimmung mit der Arbeitsgruppe im weiteren Verlauf noch Einfluss auf das Unternehmen genommen werden, das die Studie durchführe.

Herr Klausing bittet darum, dass genau aus diesen Gründen bei der Auswahl des Unternehmens sehr darauf geachtet werde, dass ein großes Knowhow bei den qualitativen Methoden bestehe.

Herr Spröde merkt an, dass er diese Anregungen in die Arbeitsgruppe mitnehmen werde. Der Auftrag der verteilt werde, könne auch aufgrund des begrenzten Budgets nicht allumfassend sein. So sei es wichtig, Schwerpunkte zu erarbeiten ohne dabei eindimensional zu werden und darüber mit der StadtAG im Austausch zu bleiben. Es sei ein Mittelweg zu finden, der nachhaltig sei, damit nicht nur irgendwelche statistischen Zahlen für 2017 erhoben werden, sondern es müsse ein Ziel geben, damit klar sei, was möchten die Stadt, die Politik, die Verwaltung, die StadtAG mit dieser Studie.

Herr Dr. Rau ergänzt, dass man sich von den eingetroffenen Angeboten auch nochmal ein Input erhoffe. So könne im weiteren Austausch, auch mit der Arbeitsgruppe, die Schärfung der Methode und der Fragestellungen erfolgen.

Herr Saurenbach teilt mit, dass er seit 8 Jahren für diese Studie kämpfe. Es gehe ihm darum, dass die Stadt endlich zur Kenntnis nehme, dass Schwule und Lesben 10 Prozent der Kölner Bevölkerung ausmachen und sie somit proportional viel besser vertreten seien als in jeder anderen Stadt Deutschlands. Daher möchte er diesen Aspekt nicht rausgegriffen wissen.

Frau Rabenstein entgegnet, dass sie nicht grundsätzlich gegen die Studie sei und dass es klar sei, dass es im Fokus um die Wirtschaftskraft gehe. Sie habe nur auf Sensibilität hinweisen wollen bezüglich der Abfrage nach den Lebensumständen von einzelnen Menschen, damit die Studie keine ungewollte Schiefelage bekomme.

Herr Saurenbach bemängelt, dass in der letzten Wirtschaftlichkeitsstudie, die vor 14 Jahren erstellt wurde, zwei Monate Karneval mit zwei Tagen CSD verglichen wurden. Dies sei sehr schräg gewesen und diesmal anders zu machen.

Herr Rahmfeld fasst zusammen, dass es letztendlich bei dem Thema um den Diversity Ansatz gehe, spezialisiert auf das Thema LSBTI und die Frage: wie profitiert eine Stadt von der Vielfalt der Menschen, die hier leben, die hier hinziehen und der Unternehmen, die hier sind. Er glaube, dass es darüber gar keine Differenzen gebe und dass alle dokumentiert haben wollen, wie die Stadt von der Vielfalt der Gesellschaft profitiere, und wie dies gefördert und weiterentwickelt werden könne.

Herr Dr. Rau ergänzt, dass es darüber hinaus noch einen wichtigen Auftrag an die Studie zur Darstellbarkeit der Ergebnisse gebe: wie können die Ergebnisse verwendet werden, um die Anliegen der StadtAG in die Öffentlichkeit zu bringen.

Beschluss

Die stimmberechtigten Mitglieder der StadtAG LST beschließen, dass die Stadtverwaltung eindringlich gebeten wird, die Mittelübertragung für die Wirtschaftsstudie in das Haushaltsjahr 2017 zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

6.3.1 Anfrage von RM Frank zur Studie "LSBTI als wirtschaftlicher Standortfaktor" - Mittelfreigabe durch den Fach- und Finanzausschuss (3336/2016)

3823/2016

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

6.4 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln" Mitteilung an die Stadtarbeitsgemeinschaften

3066/2015

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

7 Sichtbarkeit von Lesben in Köln

8 Einladung von Partnerstädten zum CSD

8.1 Empfehlung des Arbeitskreises Sichtbarkeit von Lesben in Köln zur Ausgestaltung des städtepartnerschaftlichen Austausches anlässlich des CSD 2017

Frau Brauckmann erklärt, dass der Arbeitskreis „Lesbische Sichtbarkeit in Köln“ in dem vorliegenden Papier dafür plädiere, sich bei der Einladung von Partnerstädten zum CSD 2017 auf lesbische Aktivistinnen zu konzentrieren – vorbehaltlich der finanziellen Ausstattung, die noch zu klären sei. Die Konzentration auf lesbische Vertreterinnen entspreche auch dem Beschluss der StadtAG LST, dieses Thema nach vorne zu bringen. So könne die Bühne des CSD genutzt werden, 2017 diese Präsenz zu zeigen. Der Arbeitskreis plädiere dafür, sich bei der Einladung auf Aktivistinnen aus den von der Arbeitsgruppe der StadtAG vorgeschlagenen süd-osteuropäischen Partnerstädten zu konzentrieren, sofern dies möglich sei. Die Suche möge nicht nur auf Vertreterinnen von Organisationen beschränkt sein, sondern könne sich auch an nachgewiesene Aktivistinnen und Journalistinnen wenden, da es ohnehin wenige ausschließlich lesbische Organisationen gebe. Der Arbeitskreis „Lesbische Sichtbarkeit“ plane sich bereits morgen, also sobald diese Beschlussempfehlung verabschiedet sei, wieder zu treffen, um das weitere Prozedere, voranzutreiben. Mit Maren Wuch vom „Dyke March Cologne“ habe der Arbeitskreis auch Kontakte zur ILGA, einem weltweiten Zusammenschluss von LGBTI-Organisationen. Es gebe bereits Vorschläge, wie der Austausch zu gestalten sei, damit er nicht nur auf der Repräsentationsebene sondern auch auf der politischen Ebene etwas bewege.

Herr Spröde teilt mit, dass er das Anliegen grundsätzlich unterstütze. Er schlägt vor, in der Beschlussempfehlung ein Wort zu verändern: das Wort „ausschließlich“ möge gegen das Wort „schwerpunktmäßig“ ersetzt werden. Für den Fall, dass nicht genug Einladungen an Aktivistinnen ausgesprochen werden können, sei man somit nicht an das „ausschließlich“ gebunden, sondern könne sich eine gewisse Flexibilität erhalten.

Frau Brauckmann erklärt, dass sie diesem Änderungsvorschlag zustimmen könne.

Herr Dr. Rau merkt an, dass Herr Rahmfeld noch kurz über die bisher stattgefundenen Treffen der Arbeitsgruppe berichten möchte.

Herr Rahmfeld berichtet, dass die in der letzten Sitzung der StadtAG gebildete Arbeitsgruppe sich bisher zwei Mal getroffen habe. Es sei vereinbart worden, hauptsächlich Städte aus Ost- und Südosteuropa einzuladen. Dabei handele es sich um Wolgograd, Cluj, Kattowitz, Thessaloniki und Tunis. Das Programm für die Besucher solle bereits Donnerstag nach der Anreise mit einem gemeinsamen Abendessen begonnen werden. Freitagvormittag werde es dann eine halbtägige Tagung mit den Gästen aus den Partnerstädten geben. Nachmittags folge dann der Empfang der Oberbürgermeisterin, anschließend die Eröffnung des Straßenfestes. Das Abendprogramm für den Freitag sei noch zu klären. Am Samstag gebe es dann den Empfang des schwulen Netzwerks, danach den Lesbenempfang, den Dyke March und das Straßenfest. Am Sonntag sollten die Gäste dann auch bei der Demonstration vorne mitgehen können.

Frau Brauckmann gibt zu bedenken, dass ein Programm mit der gesamten Palette an Empfängern auch sehr anstrengend sein könne und es gegebenenfalls auch Interesse an anderen Diskussionsebenen gebe.

Frau Dr. Blatz merkt an, dass bereits in der Arbeitsgruppe besprochen wurde, das Programm für Samstag zu überdenken, je nachdem ob es noch andere Bedürfnisse und Bedarfe gebe.

Herr Wolf bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit den Vertreter*innen der StadtAG, mit denen der Prozess gerade gemeinsam entwickelt werde. Es sei geplant, dass sich die Arbeitsgruppe vor der nächsten Sitzung der StadtAG LST wieder treffe, um bei der Sitzung allen dann ein detailliertes Konzept vorlegen zu können. Ab dem 02. Januar habe er auch eine weitere Mitarbeiterin, so dass eine bessere personelle Unterstützung von Seiten des Büros der Oberbürgermeisterin für Internationale Angelegenheiten gegeben sei. Er zähle dabei aber auch weiterhin auf die Mitarbeit der Mitglieder der StadtAG. Mit der Fachstelle LST gebe es ohnehin eine enge Zusammenarbeit.

Frau Brauckmann fragt, ob es neue Informationen zum Budget gebe.

Herr Wolf antwortet, dass er nur wiederholen könne, was er bereits in früheren Sitzungen gesagt habe. Es gebe im Doppelhaushalt keine speziell für diesen Austausch ausgewiesenen Mittel. Es gebe damit keine konkrete Haushaltsziffer, die für dieses Projekt reserviert seien. Es stünden aber ausreichend Mittel zur Verfügung, um den zum CSD geplanten Austausch zu finanzieren, wie bereits zugesagt. Er müsse warten, welche Mittel von 2016 auf 2017 übertragen werden können. Unabhängig davon könne er auf jeden Fall eine Summe von 7.500 Euro aus den Mitteln, die seinem Bereich im nächsten Jahr zur Verfügung stehen, dafür bereitstellen. Vor dem Hintergrund, dass insgesamt für den Bereich Internationales, Städtepartnerschaftsmaßnahmen, Europa für 2017 eine Summe von 68.000 Euro zur Verfügung stehe, seien 7.500 Euro für den Austausch zum CSD auch kein ganz kleiner Betrag. Die wichtige Botschaft sei: das was wir uns da ausdenken, ist auch finanzierbar.

Herr Dr. Rau stellt fest, dass es keine weiteren Rückfragen gibt und lässt über die Empfehlung mit der Änderung der Formulierung von „ausschließlich“ zu „hauptsächlich“ abstimmen.

Beschluss

Der *Arbeitskreis Sichtbarkeit von Lesben in Köln* setzt sich dafür ein, anlässlich des CSD 2017 hauptsächlich lesbische Aktivistinnen aus ausgewählten Partnerstädten der Stadt Köln einzuladen.

Abstimmungsergebnis:

Die Empfehlung des Arbeitskreises Lesbische Sichtbarkeit wird einstimmig mit einer Änderung zugestimmt: Im ersten Satz wird das Wort „ausschließlich“ gegen das Wort „hauptsächlich“ ersetzt.

- 9 Trans***
- 10 Berichte aus Ausschüssen**
- 11 Beschlüsse/Beschlussempfehlungen**
- 12 Anfragen/Anträge**
- 13 Öffentlichkeitsarbeit**

Frau Brauckmann fragt, ob geplant sei, Öffentlichkeitsarbeit zu der Unterbringung von LGBT-Geflüchteten zu machen.

Herr Dr. Rau begrüßt den Vorschlag eine Pressemitteilung zu veranlassen.

Frau Dr. Blatz bittet darum diese Pressemitteilung in Absprache mit den Mitgliedern der StadtAG zu verfassen.

Frau Rehberg weist darauf hin, dass trotz Absprache eine Pressemitteilung der Stadt nur die Sicht der Verwaltung und nicht unbedingt die Sicht der StadtAG widerspiegeln könne. So sei es den Mitgliedern der StadtAG freigestellt, zusätzlich noch eine eigene Pressemitteilung herauszugeben.

Herr Rahmfeld erinnert daran, dass beim letzten Runden Tisch mit den Rainbow Refugees, dem Rubicon e.V. und der Aidshilfe e.V. im Wohnungsamt vereinbart worden sei, dass nach der Sitzung der StadtAG in einer Pressemitteilung über die speziellen Wohneinheiten berichtet werde. Dies könne gerne kurzfristig in Abstimmung mit der StadtAG umgesetzt werden.

14 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Herr Dr. Rau teilt mit, dass es von den Mitgliedern der StadtAG den Wunsch gebe, für die nächste Sitzung die Polizei einzubeziehen und gegebenenfalls den Polizeipräsidenten einzuladen.

Herr Schuhmacher erläutert, dass bei dem Stichwort „Polizei“ um einen breiteren Themenkomplex handele. Es gehe um die Lebenssituation von Lesben, Schwulen und Trans* in Köln unter den Anzeichen möglicherweise veränderter Rahmenbedingungen was Gewalt und Diskriminierung betreffe. Dabei ginge es auch um Menschen mit HIV und Aids. Die Debatte sei allerdings nicht einfach, da die Polizei erkläre, dass es laut Polizeistatistik keine Probleme in diesem Bereich gebe. Denn nur weil es keine differenzierte statistische Erfassung gebe, heiße das nicht, dass es entsprechende Straftaten nicht gebe. Von Seiten der Polizei gebe es aber grundsätzlich eine Bereitschaft zum Austausch. Zusätzlich zur Polizei sei auch noch das Landeskriminalamt einzuladen, da alle Punkte, die unter den Staatsschutz fallen, nicht bei der Polizei sondern beim Landeskriminalamt erfasst werden. Es mache ebenfalls Sinn, das zuständige Landesministerium einzubinden und auch einzuladen, weil ein Teil der Entscheidungen nicht anders getroffen werden können. Im ersten Schritt des Diskussionsprozesses mit der Polizei sei zu klären, was der Status Quo sei und wo von Seite der Community ein Bedarf gesehen werde. Es gebe Grund zur Annahme, dass Gewalt passiere. Wenn dem so sei, müsse auch über Prävention geredet werden. Dazu seien allerdings Zahlen notwendig. Diese Diskussionsprozess könne in der StadtAG begonnen werden.

Herr Dr. Rau fragt, ob es eine Forschungseinrichtung in Deutschland gebe, die sich mit dem Thema Gewalt und LSBTI befasse, und diese als Gesprächspartner für die StadtAG in Frage käme.

Frau Dr. Blatz erklärt, dass viele Fälle von homophober und transphober Gewalt nie zur Anzeige kommen. Im Hause des Rubicon e.V. gebe es die „Landeskoordination Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben und Schwule in NRW“, die bemüht sei, Fälle von Gewalt an Schwulen, Lesben und Transgender zu dokumentieren. Dies sei aber schwierig, denn es gebe somit Zahlen, die aber nicht den Tatsachen entsprächen.

Herr Schuhmacher ergänzt, dass es bei der Debatte nicht nur um statistische Zahlen gehe, sondern auch um einen Diskurs, der unter der Koordination der StadtAG auf einer gleichberechtigten Ebene begonnen werden könne. Dabei sei es gut, alle, die daran beteiligt sind, also auch Landesstellen, mit einzubeziehen.

Herr Klausung befürwortet den Vorschlag. Er frage sich, ob es hilfreich sei, zwischen der Landesebene und der Polizeiarbeit vor Ort in Köln zu unterscheiden, damit es nicht nur zu landespolitischen Diskussionen komme, ohne dabei konkret vor Ort etwas verbessern zu können.

Herr Schuhmacher erklärt, dass er es für sinnvoll halte, das zuständige Ministerium mit einzu-beziehen. Die Erfahrung habe gezeigt, dass ansonsten vor Ort argumentiert werde, dass nichts getan werden könne, weil es bestimmte Vorgaben vom Land gebe. Er ergänzt, dass auf Landesebene bereits in diesem Jahr im Rahmen des Aktionsplans mit Fortbildungen zum Thema LST für neue Angestellte begonnen worden sei.

Herr Saurenbach erinnert daran, dass es bereits in der Zeit, als Jürgen Roters Polizeipräsident war, mit Velspol NRW e.V. eine aktive Politik für Schwule und Lesben gegeben habe. Somit müsse man nicht komplett neu anfangen, sondern könne auch die damals Zuständigen einbeziehen.

Frau Dr. Blatz ergänzt, dass es bei der Debatte nicht nur um eine Bestandsaufnahme und einen Diskurs, sondern auch um Handlungsfragen gehe. Es sei wichtig herauszufinden, wie eine Handlungsveränderung zu erreichen sei. Sie weist darauf hin, dass es mit Herrn Ibrahim Mokdad beim Rubicon e.V. jetzt auch jemanden gebe, der sich speziell um die Dokumentation von Gewaltfällen bei Geflüchteten kümmere.

Herr Dr. Rau fasst zusammen, dass Zahlen, Erscheinungsformen, Dunkelziffern und Hintergründe letztendlich benötigt werden, damit sich Ideen für Prävention generieren lassen. Deshalb müsse der Diskurs begonnen werden. Ob dabei die Polizei an erster Stelle stehen müsse, sei aber noch zu klären. Deswegen schlage er vor, dass ein Konzept zur Herangehensweise in einer Arbeitsgruppe bis zur nächsten Sitzung der StadtAG entwickelt und dort dann vorgestellt werde, ohne dass die Polizei schon dabei sein müsse.

Herr Schuhmacher erklärt, dass dazu die bisher nur aus Mitgliedern der StadtAG bestehende Arbeitsgruppe in Abstimmung mit der Fachstelle LST erweitert werden könne. Somit könne in der Januarsitzung der StadtAG dann ein Vorschlag zum weiteren Vorgehen und den Beteiligten unterbreitet und diskutiert werden.

Über diesen Vorschlag besteht Einvernehmen.

14.1 Sitzungstermine StadtAG LST 2017

Die Sitzungstermine der StadtAG LST für 2017 werden zur Kenntnis genommen.

15 Verschiedenes

Herr Rahmfeld berichtet, dass die Rainbow Cities auch in diesem Jahr wieder eine Ausstellung planen. Dieses Jahr habe es zum IDAHOT im Mai 2016 eine Ausstellung allgemein zum Thema „Rainbow Cities“ gegeben. 2017 sei das Motto „Rainbow Families“. Deshalb habe sich die Fachstelle überlegt, einen Mal- und Fotowettbewerb für Kinder und Jugendliche durchzuführen. Das Bild der Siegerin oder des Siegers werde dann in allen teilnehmenden Städten aushängen. Für die ersten drei gebe es zudem noch Preise vom 1. FC Köln: zwei Karten für ein Heimspiel und Sachpreise. Die Ausstellung werde wieder um den 17. Mai herum stattfinden.

Herr Dr. Rau bedankt sich bei allen für das disziplinierte und einander wertschätzende Arbeiten und schließt die Sitzung.

gez. Beigeordneter Dr. Harald Rau
(Vorsitzender)

gez. Susanne Bonnemann
(Schriftführerin)